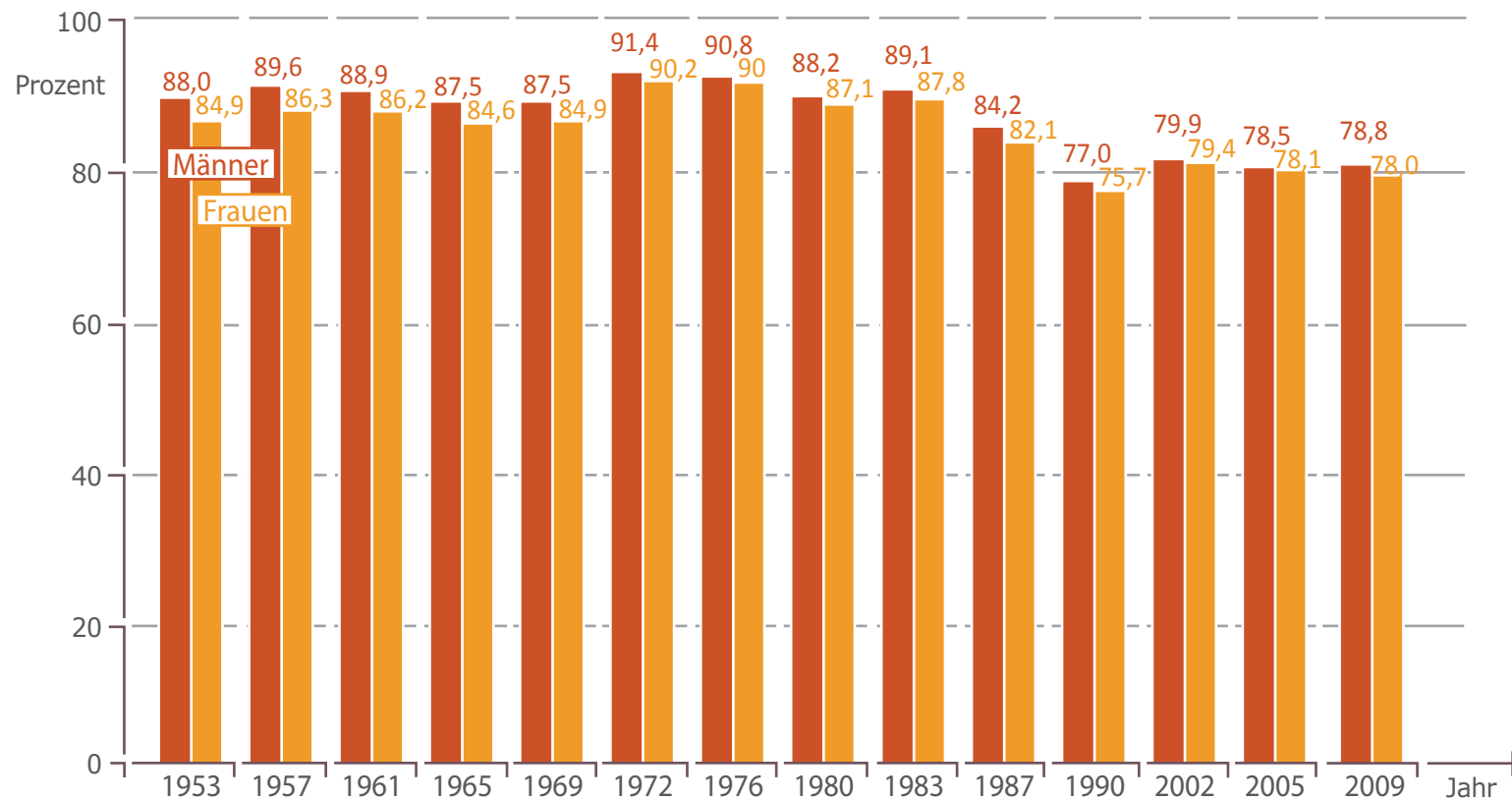


## ■ Politische Partizipation von Frauen

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen ab 1953 nach Geschlecht  
Angaben in Prozent



Quelle: Informationen des Bundeswahlleiters, Bundestagswahl 2009, S. 73

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)





## ■ Politische Partizipation von Frauen

### 1. Gibt es ein Beteiligungsgefälle zwischen den Geschlechtern?

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in der Bundesrepublik Deutschland als Grundrecht im Grundgesetz verankert (GG, Art. 3 (2)); auch in der DDR (Verfassung der DDR, Art. 20 (2)) war dieser Anspruch erhoben und rechtlich gesichert worden. Trotz vielfacher und vielfältiger Emanzipationsbemühungen sowie -maßnahmen stellt die rechtlich fixierte Gleichberechtigung in der heutigen Bundesrepublik noch immer eine Forderung dar, die in vielerlei Hinsicht nur unzureichend eingelöst ist. Und auch in der ehemaligen DDR hatten (entgegen offiziellen Verlautbarungen und vielleicht auch entgegen der Selbstwahrnehmung ihrer Bürger) weitgehende Defizite hinsichtlich der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen fortbestanden. Für die DDR der 1980er Jahre und zu Beginn der Wiedervereinigung wurde aber zumindest für einige Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (z. B. bestimmte Positionseliten, Arbeitsmarkt) dennoch ein gewisser „Modernisierungsvorsprung“ im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter diagnostiziert (Geißler 1992). Hat sich jener Modernisierungsvorsprung in Ostdeutschland nach 1990 dauerhaft halten können bzw. ist er auch in der politischen Beteiligung sichtbar? Die Analyse politischer Partizipation bietet einen Ansatzpunkt, die Erfüllung von Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Realität zu überprüfen. Im Folgenden geht es daher unter anderem um die Frage, in welchem Ausmaß sich Frauen politisch beteiligen und dadurch die gesellschaftliche Öffentlichkeit aktiv mitgestalten. Darüber hinaus werden Art und Ausmaß weiblicher Beteiligung mit den Vergleichsdaten des männlichen Teils

der Bevölkerung in Beziehung gesetzt: Gibt es ein geschlechtsspezifisches Gefälle (gender gap) in der politischen Partizipation? Und hat sich die Wiedervereinigung samt der nachfolgenden Entwicklungen auf die politische Partizipation von Frauen und auf jenes Gefälle ausgewirkt?

### 2. Die Wahlbeteiligung als Indikator

Ein erstrangiger Indikator für geschlechtsspezifische politische Partizipation ist die Wahlbeteiligung von Frauen. Die Beteiligung von Frauen an Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene seit den 1950er Jahren folgt in ihrer Entwicklung im Groben der Wahlbeteiligung der Gesamtbevölkerung. Dass der Grad der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern variiert, ist nicht nur mit strukturellen Faktoren, sondern z. B. auch mit Mobilisierungseffekten zu erklären.

Gemäß den Repräsentativen Wahlstatistiken beteiligten sich an Europawahlen, mit Ausnahme der Wahlen von 1979 und 1984, Frauen etwas weniger als Männer (Vgl. Abbildung „Wahlbeteiligung bei den Europawahlen nach Geschlecht“).

Bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 1990 und ab 2002 lag der Anteil der Frauen, die an der Wahl teilnahmen, konstant unter dem der Männer (Informationen des Bundeswahlleiters, Bundestagswahl 2009, S. 73); 2009 betrug die Wahlbeteiligung der Männer 71,8 Prozent, die der Frauen 71,0 Prozent (Vgl. Abbildung „Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen ab 1953 nach Geschlecht“). Die Unterschiede fallen derart gering aus, dass hier von einem gender gap nicht gesprochen werden kann. Ebenso gibt es bei bekennenden wie bei konjunkturellen (d. h. gelegentlich den



## ■ Politische Partizipation von Frauen

Wahlurnen fernbleibenden) Nichtwählern kaum geschlechtsspezifische Differenzen (Bertelsmann-Stiftung 2004, S. 79 und S. 81). Bei Landtagswahlen in Deutschland bestätigt sich das Bild einer etwas geringeren Beteiligung von Frauen, allerdings mit regionalen Unterschieden (vgl. Steinbrecher/Huber/Rattinger 2007, S. 188). In den westdeutschen Flächenländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ist die geringere Teilnahmehäufigkeit von Frauen deutlicher ausgeprägt; in Ostdeutschland wurden für die Landtagswahlen keine oder nicht zu allen Wahlen repräsentative Wahlstatistiken erhoben: Bei denjenigen Landtagswahlen, zu denen Daten vorliegen, zeigt sich ebenfalls eine geringere Beteiligung von Frauen. Hingegen liegt die Wahlbeteiligung von Frauen in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen über der Stimmenabgabe von Männern.

### **3. Ungleich verteiltes Interesse an Politik**

Aus dem Umstand der annähernd gleichen Wahlbeteiligung von Frauen und Männern darf nicht geschlossen werden, dass sich beide Geschlechter auch gleichermaßen für Politik interessieren. Immer wenn in Umfragen das politische Interesse erhoben wird, ist der Anteil von Frauen, die ein sehr starkes oder starkes politisches Interesse angeben, gerade einmal ungefähr halb so hoch wie der entsprechende Anteil bei Männern (vgl. Abbildung „Politisches Interesse nach Geschlecht und Erhebungsgebiet“). Dabei ist in Westdeutschland der statistisch gesicherte Zusammenhang von Geschlecht und politischem Interesse etwas stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Als Ursache des generell geringeren politischen Interesses von Frauen wird in der Partizi-

pationsforschung unter anderem die Orientierung an Geschlechterrollen genannt: In beiden Teilen Deutschlands hat allgemein ein Einstellungswandel zur Rolle der Frau stattgefunden, wobei sich Frauen durchschnittlich „moderner“ als Männer (je für Ost und West getrennt) positionieren. Dabei fällt auf, dass ostdeutsche Männer sich bezüglich der Geschlechtsrollenorientierung sogar „moderner“ zeigen als westdeutsche Frauen in ihrem geäußerten Selbstverständnis (vgl. Tabelle „Mittelwerte der Geschlechtsrollenorientierung“). Das (in Westdeutschland stärker ausgeprägte) traditionelle Rollenbild befördert eine größere Politikferne von Frauen. Zugleich fühlen sich möglicherweise insbesondere Frauen mit einer feministischen bzw. Gleichberechtigung stärker einfordern den Rollenorientierung im traditionellen „männlich“ dominierten Politikbetrieb nicht hinreichend repräsentiert, so dass sie andere Formen präferieren und anstreben (Westle/Schoen 2002, S. 229f.).

### **4. Nur unterdurchschnittlich beteiligt – der Frauenanteil am politischen Personal**

Die Wahlbeteiligung der Bürger wie auch ihr bekundetes politisches Interesse stellt nur eine Variante institutionalisierter politischer Partizipation dar. Etwas anderes ist es, als Bürger selbst beteiligt zu sein, also im Personalkörper der Politik repräsentiert zu sein (oder eben auch nicht). Ein Gradmesser hierfür ist die „einfache“ Mitgliedschaft in einer Partei oder die höherrangige Zugehörigkeit zur politischen Delegationselite, also die Mitgliedschaft bzw. Übernahme von Ämtern und Funktionen in gewählten parlamentarischen Vertretungskörperschaften. Bis Ende der 1960er Jahre

## ■ ■ Politische Partizipation von Frauen

lag in der Bundesrepublik der Anteil an weiblichen Mitgliedern in den politischen Parteien weit unter 20 Prozent (Hoecker 1998, S. 66-68). Im Zuge der Politisierung in den 1970er Jahren stiegen in Westdeutschland die Zahlen weiblicher Parteimitglieder erheblich an. In der DDR waren 1989 ca. 36,5 Prozent aller Parteimitglieder Frauen (<http://www.mdr.de/damals/lexikon/1478495-hintergrund-1478477.html>). Im wiedervereinten Deutschland stellen Frauen im Jahre 2008 dennoch lediglich ein gutes Viertel aller deutschen Parteimitglieder. Den höchsten Frauenanteil weisen kleinere Parteien auf, so Bündnis 90/Die Grünen mit 37,4 Prozent und die PDS bzw. Die Linke mit 37,3 Prozent; den niedrigsten Frauenanteil hat die CSU in Bayern mit 18,9 Prozent (Dossier Parteien der bpb).

Der Anteil an weiblichen Parlamentsmitgliedern ist auf Europa-, Bundes- wie Landesebene inzwischen deutlich gestiegen. Während der Frauenanteil unter deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament 1979 nur ca. 15 Prozent betrug (12 Frauen von 81 Abgeordneten), erreichte er 1989 schon mehr als ein Drittel (25 Frauen von 81 Abgeordneten) und blieb bis einschließlich 2009 (37 Frauen von 99 Abgeordneten) in etwa konstant (vgl. Abbildung „Frauen im Europaparlament zu Beginn jeder Wahlperiode“). Im europäischen Vergleich: 2008 war die Hälfte der MdEP aus Estland, Luxemburg und Slowenien weiblichen Geschlechts; bei den Abgeordneten aus Frankreich, den Niederlanden und Schweden war es fast die Hälfte; dagegen entsandten Zypern und Malta keine weiblichen Abgeordneten in das Europäische Parlament (Pressemappe des Europäischen Parlaments zur Europawahl 2009, S. 24).

Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag lag seit der ersten Wahlperiode 1949-53 bis zur 10. Wahlperiode 1983-87 generell unter 10 Prozent. Von 15,4 Prozent nach den Wahlen 1987 stieg er 1990 bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen auf 20,5 Prozent an. Nachdem der Anteil weiblicher MdB 1994 auf ein gutes Viertel weiter angewachsen war, liegt er seit 1998 bei einem knappen Drittel (vgl. Tabelle „Frauen im Bundestag bei den Wahlen nach Fraktion“). Den geringsten Frauenanteil weist die Bundestagsfraktion der CSU und CDU mit 9,8 Prozent bzw. 14,6 Prozent im Jahre 1990 und 13,3 Prozent bzw. 21,6 Prozent im Jahre 2009 auf. Die höchsten Frauenanteile finden sich in den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen mit 37,5 Prozent bzw. 54,4 Prozent und der PDS/Die Linke mit 47,1 Prozent bzw. 52,6 Prozent in den Jahren 1990 und 2009.

In den Länderparlamenten überschritt der Frauenanteil zum Jahr 1984 erstmals die 10-Prozent-Marke und verdoppelte sich bis 1991 auf über 20 Prozent. Nach den jeweils letzten Landtagswahlen war sowohl in den alten Ländern (ohne Berlin) als auch in den neuen Ländern fast jeder dritte Abgeordnete weiblich (vgl. Tabelle „Frauen in den Landtagen zur jeweils letzten Wahl insgesamt und nach Fraktion“). Besonders hoch war der Frauenanteil in den Stadtstaaten Berlin (39,6 %), Bremen (38,6 %) und Hamburg (33,1 %); den höchsten Frauenanteil unter den ostdeutschen Landtagen wiesen Brandenburg (38,6 %) und Thüringen (38,6 %) auf. Im Jahre 2005 wurde erstmals eine Frau, die in Ostdeutschland aufgewachsene CDU-Politikerin Angela Merkel, zur deutschen Bundeskanzlerin gewählt.



## ■ Politische Partizipation von Frauen

### 5. Geschlechterverteilung bei nicht-institutionalisierten Formen politischer Partizipation

So wie bei der Wahlbeteiligung und anders als bei den übrigen institutionalisierten Formen von Beteiligung ist der Zusammenhang von Geschlecht und Beteiligungsgrad bei den legalen nicht-institutionalisierten Partizipationsformen, wie z. B. Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Teilnahme an Unterschriftensammlungen, Teilnahme an genehmigten Demonstrationen) äußerst schwach ausgeprägt oder gänzlich unerheblich (vgl. Abbildungen „Mitarbeit in Bürgerinitiative“ und „Teilnahme an Unterschriftensammlungen“, „Teilnahme an genehmigter Demonstration“). Bei Personen beider Geschlechter hat die Beteiligung an legalen nicht-institutionalisierten Partizipationsformen zugenommen. Mitunter übersteigt hier die Partizipation von Frauen die der Männer (z. B. bei der Beteiligung an Unterschriftensammlungen). Hinsichtlich der illegalen nicht-institutionalisierten Formen politischer Partizipation, wie z. B. der Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen, gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern, und zwar weder bei gewaltfreien noch bei gewaltbehafteten Formen (vgl. Abbildungen „Teilnahme an ungenehmigter Demonstration“, „Teilnahme an Besetzungsaktion“, „Teilnahme an Boykott“, „Krach schlagen auf Demo“). Allein für Westdeutschland besteht hier ein zwar signifikanter, aber äußerst schwacher statistischer Zusammenhang.

Die Entwicklung der Geschlechterverteilung bei den hier vorgestellten Formen politischer Partizipation belegt, dass sich Deutschland in dieser Hinsicht weitgehend im Gleichklang mit

anderen westlichen Demokratien befindet; das gilt für die alte Bundesrepublik vor 1990 ebenso wie für das wiedervereinigte Deutschland. Nur in Ostdeutschland waren die Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der genannten politischen Beteiligungsformen (ebenso bezüglich einer als selbstverständlich beanspruchten und empfundenen beruflichen Tätigkeit) unmittelbar nach der Wiedervereinigung (und als ein Weiterwirken in der DDR erworbener Orientierungen zu verstehen) generell geringer ausgeprägt, was sich teilweise bis heute fortsetzt. In einer vergleichenden Studie (Marsh/Kaase 1979) zu Deutschland und vier weiteren westlichen Demokratien (USA, Niederlande, Großbritannien und Österreich) fand sich bereits in den 1970er Jahren eine Fülle empirischer Belege dafür, dass Frauen im institutionalisierten Bereich weit geringer politisch partizipieren, hingegen im nicht-institutionalisierten Bereich in etwa gleichziehen.

Inzwischen haben Frauen hinsichtlich der institutionalisierten Partizipationsformen stärker aufgeholt, doch bestehen Geschlechterunterschiede fort. In Deutschland traten mit der Wiedervereinigung besondere Effekte auf: Dem Systemwechsel folgte ein rasanter Anstieg in den Feldern nicht-institutionalisierter wie institutionalisierter politischer Partizipation bei beiden Geschlechtern. Dabei ist auch in den Folgejahren der gender gap bei einigen Formen institutionalisierter Beteiligung nicht eingeebnet worden (z. B. beim politischen Interesse), bei anderen Formen (z. B. bei parteiorientierter Partizipation) hat er sich immerhin verringert. In Ostdeutschland fallen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei etlichen Partizipationsformen traditionell geringer aus als in Westdeutschland.



## ■ Politische Partizipation von Frauen

### 6. Wie erklärt sich die fortdauernde Geschlechterlücke bei der politischen Partizipation?

Die empirischen Befunde scheinen den Erklärungsansatz von Pippa Norris (1991), die unterschiedliche Perspektiven zur Erklärung der Geschlechterunterschiede in der politischen Partizipation vorstellt, zu stützen: Aus der traditionellen Perspektive der 1950er und 1960er Jahre beteiligen sich Frauen tendenziell weniger an institutionalisierten (im Original „konventionellen“) Formen des politischen Lebens. Dagegen besagt die radikale Perspektive aus den 1970er Jahren, dass Frauen sich nicht weniger beteiligen, sondern dies bevorzugt in alternativen und kurzlebigen Formen tun, nämlich in nicht-institutionalisierten Formen. Schließlich unterstellt die revisionistische Perspektive, dass es in der Vergangenheit zwar einen gender gap gegeben haben mag, dieser jedoch mit der Zeit verschwinden wird, wie z. B. die Wahlbeteiligung und, damit verbunden, die Wahlkampfteilnahme belegen.

Über die Ursachen fortbestehender Geschlechterunterschiede wird in der Forschung kontrovers diskutiert. Hier stehen sich die main-stream- (oder auch male-stream-) Position, also eine herrschende, „männlich“ bestimmte Deutung und die feministische Position gegenüber. Die Hauptthesen ersterer besagen:

- (a) Mädchen erfahren eine politikfernere Sozialisation als Jungen;
- (b) Frauen und Männer befinden sich in sozioökonomisch unterschiedlichen Lebenssituationen;
- (c) der Zugang zu traditionellen politischen Organisationen wird durch geschlechtsspezifische Barrieren verbaut (Westle 2001, S. 130-133).

Die feministische Forschung kritisiert an der main-stream-Position insbesondere folgendes:

- (a) die deutsche Politikforschung sei geschlechtsblind;
- (b) Infolge der herrschenden Forschungsposition werde das gesellschaftliche Bild der Geschlechterunterschiede nur verstärkt, mit der Folge, dass Frauen weiter ausgegrenzt werden;
- (c) Frauen würden an dem Ideal des männlichen Aktivbürgers gemessen, und daher erscheine ihre politische Partizipation in dieser Perspektive als defizitär;
- (d) der „männlich“ eingeschränkte Politikbegriff vernachlässige politische Partizipation im Privaten;
- (e) Geschlecht stelle keine unabhängige Variable dar, sondern sei gesellschaftlich konstruiert (Westle 2001, S. 133-138).

Ungeachtet dieser verschiedenen Erklärungsansätze und Positionierungen sowie des modernen Gesellschaften ebenso auszeichnenden Rechts auf Nichtbeteiligung und individuellen Rückzug gilt es angesichts fortbestehender Defizite in der Gleichstellung von Frauen und Männern weiterhin, solche Defizite und daraus resultierende Ungleichheiten des Zugangs zu oder Beschränkungen der Ausübung von politischer Partizipation abzubauen.

### ■ Autoren

Steffen Schmidt (SFB 580 Jena/Halle)

Sabrina Röser (SFB 580 Jena/Halle)

# ■ Politische Partizipation von Frauen

## ■ Literaturhinweise

Bertelsmann-Stiftung (Hg.) 2004: Politische Partizipation in Deutschland, Gütersloh.

Der Bundeswahlleiter (Hg.) 2009: Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise, Wiesbaden.

Europäisches Parlament 2009: Pressemappe Europawahl 4.-7. Juni 2009. Online: [http://delche.ec.europa.eu/fileadmin/user\\_upload/Homepage\\_Dokumente/Home/2009-05-28\\_Press\\_Kit\\_DE\\_Europawahl.pdf](http://delche.ec.europa.eu/fileadmin/user_upload/Homepage_Dokumente/Home/2009-05-28_Press_Kit_DE_Europawahl.pdf) (29.08.2009).

Geißel, Brigitte 1995: Politisierungsprozesse und politische Sozialisation von Frauen. Überblick und Diskussion zum Forschungsstand in der aktuellen deutschen und anglosächsischen Literatur, in: Maleck-Lewy, Eva/Penrose, Virginia (Hg.): Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland, Berlin, S. 17-36.

Geißler, Rainer 1992: Die Sozialstruktur Deutschlands: zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, Wiesbaden.

Heinrich, Roberto/Lübker, Malte/Biehl, Heiko 2002: Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation. Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt, Potsdam.

Hoecker, Beate 1998: Zwischen Macht und Ohnmacht: Politische Partizipation von Frauen in Deutschland, in: Dies. (Hg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa, Bd. 1, Opladen, S. 65-90.

Marsh, Alan/Kaase, Max 1979: Background of Political Action, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills; London, S. 97-136.

Norris, Pippa 1991: Gender Differences in Political Participation in Britain: Traditional, Radical and Revisionist Models, in: Government and Opposition 26(1), S. 56-74.

Steinbrecher, Markus/Huber, Sandra/Rattinger, Hans 2007: Turnout in Germany: Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979, Baden-Baden.

Terwey, Michael/Bens, Arno/Baltzer, Stefan 2007: ALLBUS-Kumulation 1980-2006. Elektronisches Datenhandbuch, Datensatz und Surveydeskription, ZA-Nr. 4241, Köln und Mannheim: GESIS.

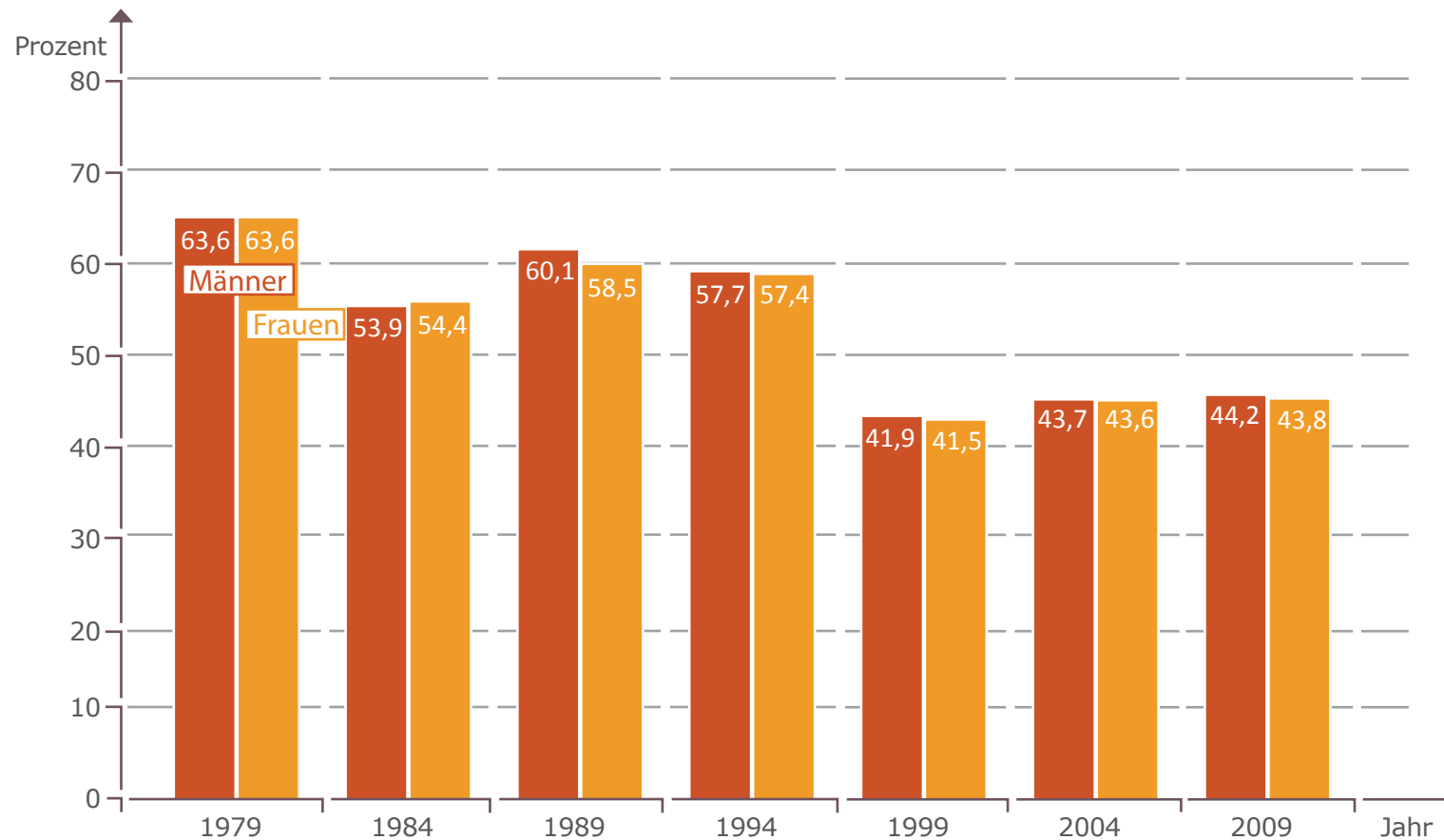
Terwey, Michael/Baltzer, Stefan 2009: ALLBUS-Studie 2008. Elektronisches Datenhandbuch, Datensatz und Surveydeskription, ZA-Nr. 4600, Köln und Mannheim: GESIS.

Westle, Bettina 2001: Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen, S. 131-168.

Westle, Bettina/Schoen, Harald 2002: Ein neues Argument in einer alten Diskussion: „Politikverdrossenheit“ als Ursache des gender gap im politischen Interesse? In: Brettschneider, Frank/Deth, Jan W. van/Roller, Edeltraud (Hg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen, S. 215-244.

## ■ Politische Partizipation von Frauen

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen nach Geschlecht  
Angaben in Prozent

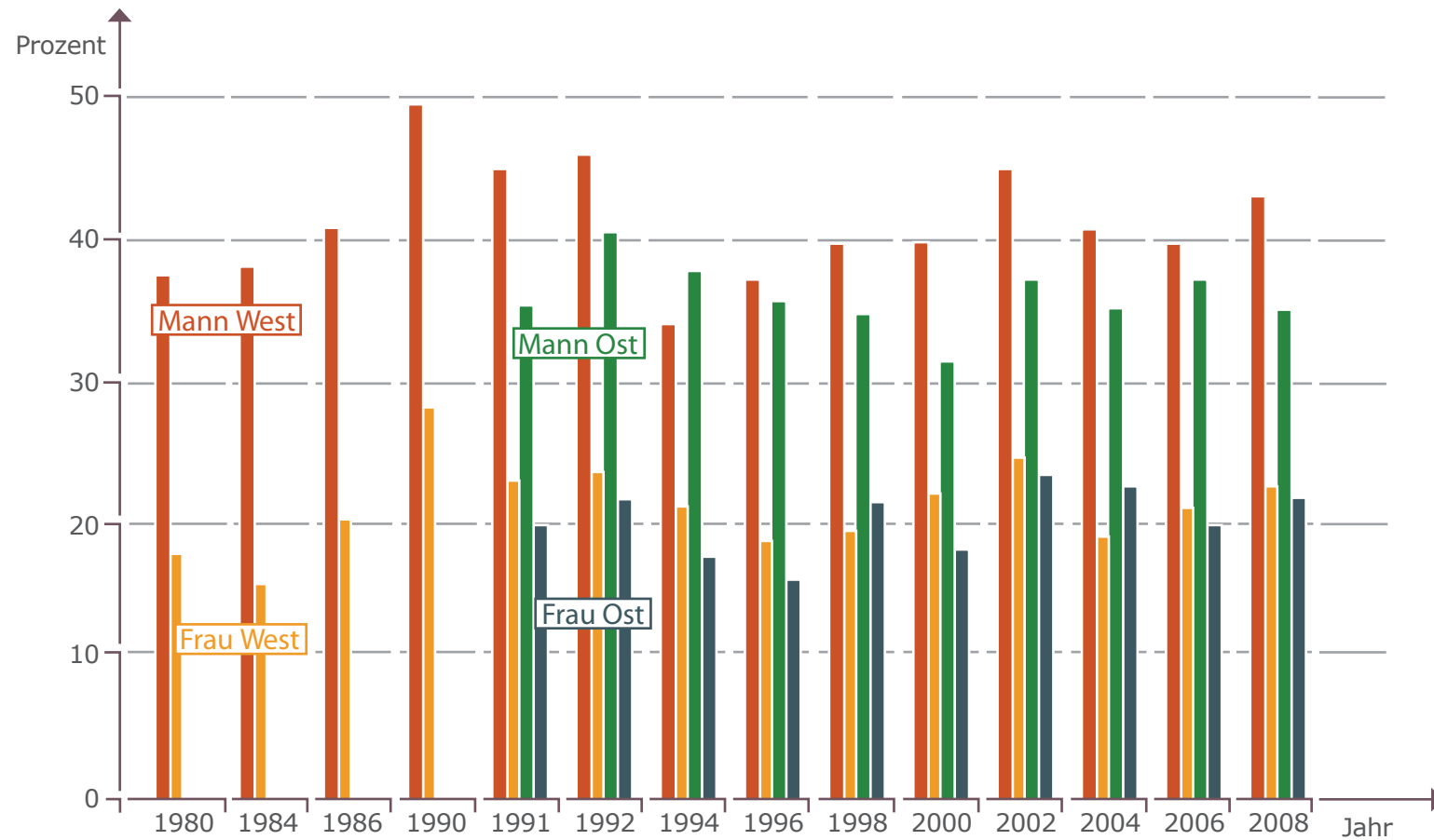


Quelle: Ergebnisse der repräsentativen Europawahlstatistik beim Bundeswahlleiter  
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## Politische Partizipation von Frauen

Politisches Interesse\* nach Geschlecht und Erhebungsgebiet  
Angaben in Prozent



\* sehr starkes und starkes Interesse wurden zusammengefasst

Quelle: ALLBUS 1980-2008

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)





## ■ Politische Partizipation von Frauen

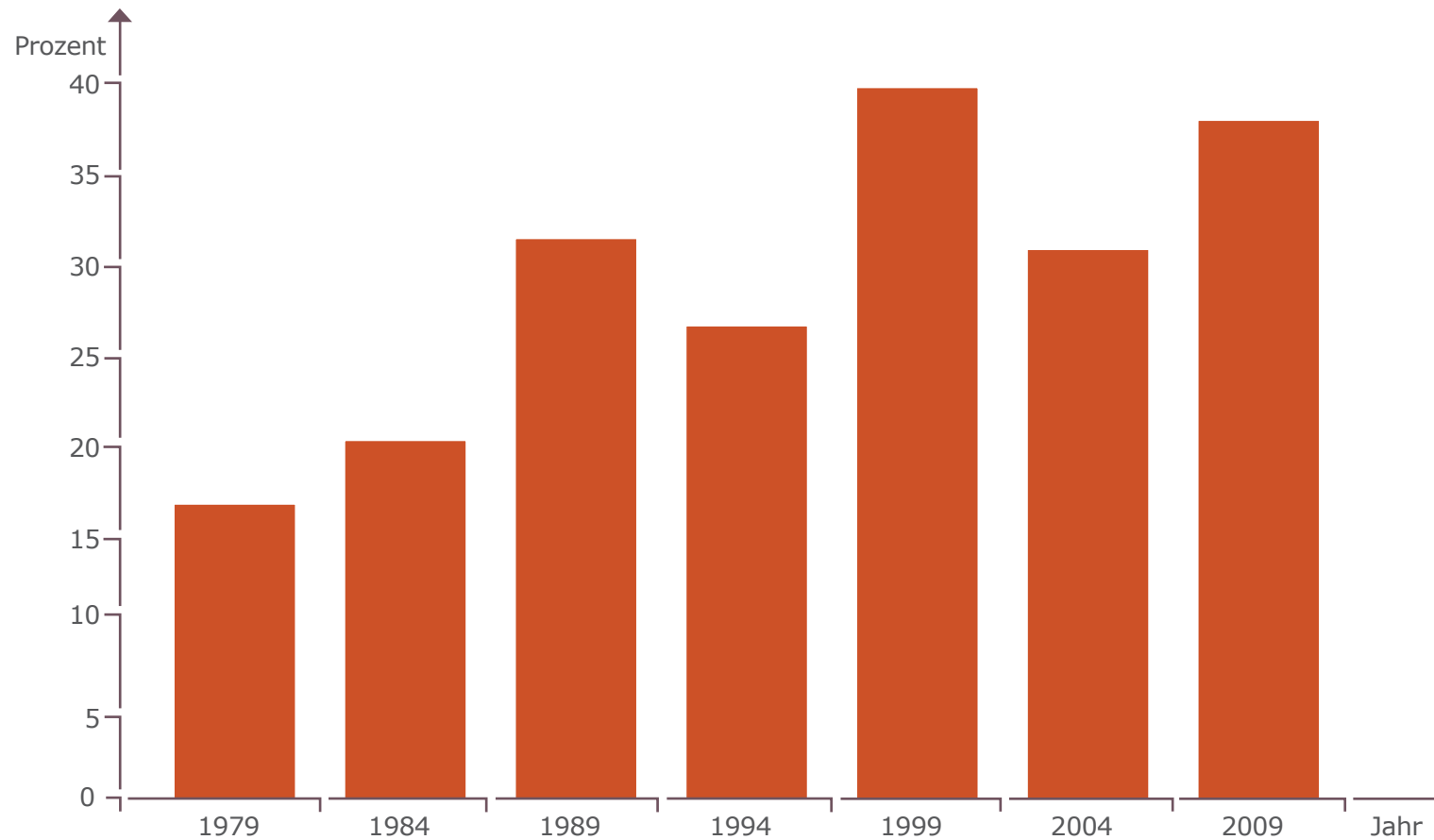
Mittelwerte der Geschlechtsrollenorientierung von 1= traditionell bis 4= modern nach Geschlecht in Ost- und Westdeutschland

| Jahr | West   |        | Ost    |        |
|------|--------|--------|--------|--------|
|      | Männer | Frauen | Männer | Frauen |
| 1982 | 2,15   | 2,18   |        |        |
| 1991 | 2,44   | 2,57   | 2,78   | 2,89   |
| 1992 | 2,33   | 2,53   | 2,81   | 2,97   |
| 1996 | 2,44   | 2,61   | 3,00   | 3,03   |
| 2000 | 2,49   | 2,69   | 3,01   | 3,11   |
| 2004 | 2,61   | 2,78   | 3,13   | 3,32   |
| 2008 | 2,72   | 2,87   | 3,25   | 3,39   |

Quelle: ALLBUS 1980-2008

## ■ Politische Partizipation von Frauen

Frauen im Europaparlament zu Beginn jeder Wahlperiode  
Angaben in Prozent



Quelle: Pressemappe des Europäischen Parlaments zur Europawahl 2009, S. 24, Übersicht deutscher Abgeordnete im Europäischen Parlament  
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## ■ Politische Partizipation von Frauen

### Frauen im Bundestag bei den Wahlen nach Fraktion

| Wahl-<br>jahr | Abgeordnete |             | SPD    |      | CDU    |      | CSU    |      | FDP    |      | B'90/Grüne |      | PDS/Linke |      |
|---------------|-------------|-------------|--------|------|--------|------|--------|------|--------|------|------------|------|-----------|------|
|               | Frauen      | %           | Frauen | %    | Frauen | %    | Frauen | %    | Frauen | %    | Frauen     | %    | Frauen    | %    |
| 1987          | <b>80</b>   | <b>15,4</b> | 31     | 16,1 | 16     | 8,6  | 2      | 4,1  | 6      | 12,5 | 24         | 57,1 | -         | -    |
| 1990          | <b>136</b>  | <b>20,5</b> | 65     | 27,2 | 39     | 14,6 | 5      | 9,8  | 16     | 20,3 | 3          | 37,5 | 8         | 47,1 |
| 1994          | <b>177</b>  | <b>26,3</b> | 85     | 33,8 | 36     | 14,8 | 6      | 12,0 | 8      | 17,0 | 29         | 59,2 | 13        | 43,3 |
| 1998          | <b>206</b>  | <b>30,8</b> | 105    | 35,2 | 39     | 19,7 | 6      | 12,8 | 9      | 20,9 | 27         | 57,4 | 20        | 55,6 |
| 2002          | <b>194</b>  | <b>32,2</b> | 95     | 37,8 | 43     | 22,6 | 12     | 20,7 | 10     | 21,3 | 32         | 58,2 | 2         | 100  |
| 2005          | <b>195</b>  | <b>31,8</b> | 80     | 36,0 | 38     | 21,1 | 7      | 15,2 | 15     | 24,6 | 29         | 56,9 | 26        | 48,1 |
| 2009          | <b>204</b>  | <b>32,8</b> | 56     | 38,6 | 42     | 21,6 | 6      | 13,3 | 23     | 24,7 | 37         | 54,4 | 40        | 52,6 |

Quelle: Übersicht über Ergebnisse der Bundestagswahlen ab 1949 beim Bundeswahlleiter

## ■ Politische Partizipation von Frauen

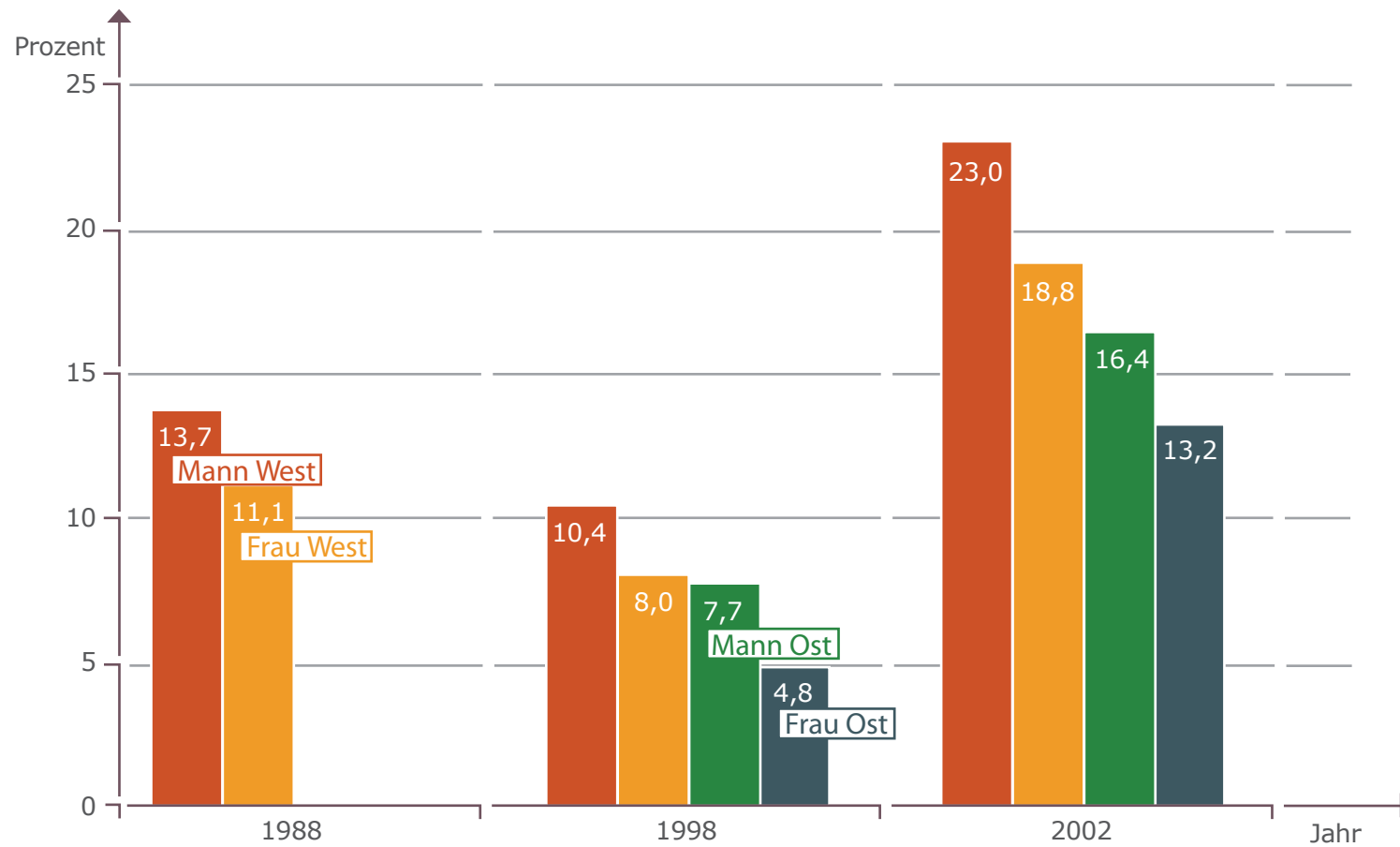
Frauen in den Landtagen zur jeweils letzten Wahl insgesamt und nach Fraktion

| Land und Wahljahr           | Abgeordnete |             | SPD    |      | CDU/CSU |      | FDP    |      | B'90/Grüne |      | Linke  |      |
|-----------------------------|-------------|-------------|--------|------|---------|------|--------|------|------------|------|--------|------|
|                             | Frauen      | %           | Frauen | %    | Frauen  | %    | Frauen | %    | Frauen     | %    | Frauen | %    |
| Baden-Württemberg 2006      | <b>33</b>   | <b>23,7</b> | 11     | 28,9 | 12      | 17,4 | 4      | 26,7 | 6          | 35,3 | -      | -    |
| Bayern 2008                 | <b>58</b>   | <b>31,0</b> | 18     | 46,2 | 19      | 20,7 | 5      | 31,3 | 10         | 52,6 | -      | -    |
| Bremen 2007                 | <b>32</b>   | <b>38,6</b> | 15     | 46,9 | 7       | 30,4 | 0      | 0    | 7          | 50   | 3      | 42,9 |
| Hamburg 2008                | <b>40</b>   | <b>33,1</b> | 17     | 37,8 | 13      | 23,2 | -      | -    | 6          | 50   | 4      | 50   |
| Hessen 2009                 | <b>33</b>   | <b>28,0</b> | 11     | 37,9 | 9       | 19,6 | 2      | 10,0 | 9          | 52,9 | 2      | 33,3 |
| Niedersachsen 2008          | <b>47</b>   | <b>30,9</b> | 19     | 39,6 | 14      | 20,6 | 2      | 15,4 | 6          | 50   | 6      | 54,5 |
| Nordrhein-Westfalen 2005    | <b>51</b>   | <b>27,3</b> | 31     | 41,9 | 11      | 12,4 | 3      | 25,0 | 6          | 50   | -      | -    |
| Rheinland-Pfalz 2006        | <b>38</b>   | <b>37,6</b> | 24     | 45,3 | 11      | 28,9 | 3      | 30,0 | -          | -    | -      | -    |
| Saarland 2009               | <b>17</b>   | <b>33,3</b> | 7      | 38,9 | 8       | 29,6 | 0      | 0    | 2          | 66,7 | -      | -    |
| Schleswig-Holstein 2009     | <b>34</b>   | <b>35,8</b> | 12     | 41,4 | 6       | 20,0 | 0      | 0    | 2          | 50,0 | -      | -    |
| Brandenburg 2009            | <b>34</b>   | <b>38,6</b> | 13     | 39,4 | 7       | 35,0 | -      | -    | -          | -    | 14     | 48,3 |
| Mecklenburg-Vorpommern 2006 | <b>18</b>   | <b>25,4</b> | 6      | 26,1 | 4       | 18,2 | 1      | 14,3 | -          | -    | 7      | 53,8 |
| Sachsen 2009                | <b>41</b>   | <b>31,1</b> | 4      | 30,8 | 10      | 18,2 | 1      | 14,3 | 3          | 50,0 | 15     | 48,4 |
| Sachsen-Anhalt 2006         | <b>30</b>   | <b>30,9</b> | 10     | 41,7 | 7       | 17,5 | 1      | 14,3 | -          | -    | 12     | 46,2 |
| Thüringen 2009              | <b>34</b>   | <b>38,6</b> | 6      | 40   | 10      | 22,2 | -      | -    | -          | -    | 14     | 50   |
| Berlin 2006                 | <b>59</b>   | <b>39,6</b> | 25     | 47,2 | 7       | 18,9 | 1      | 7,7  | 14         | 60,9 | 12     | 52,2 |

Quelle: Übersicht über Ergebnisse der letzten Landtagswahlen beim Bundeswahlleiter

## ■ Politische Partizipation von Frauen

Mitarbeit in einer Bürgerinitiative nach Geschlecht und Erhebungsgebiet



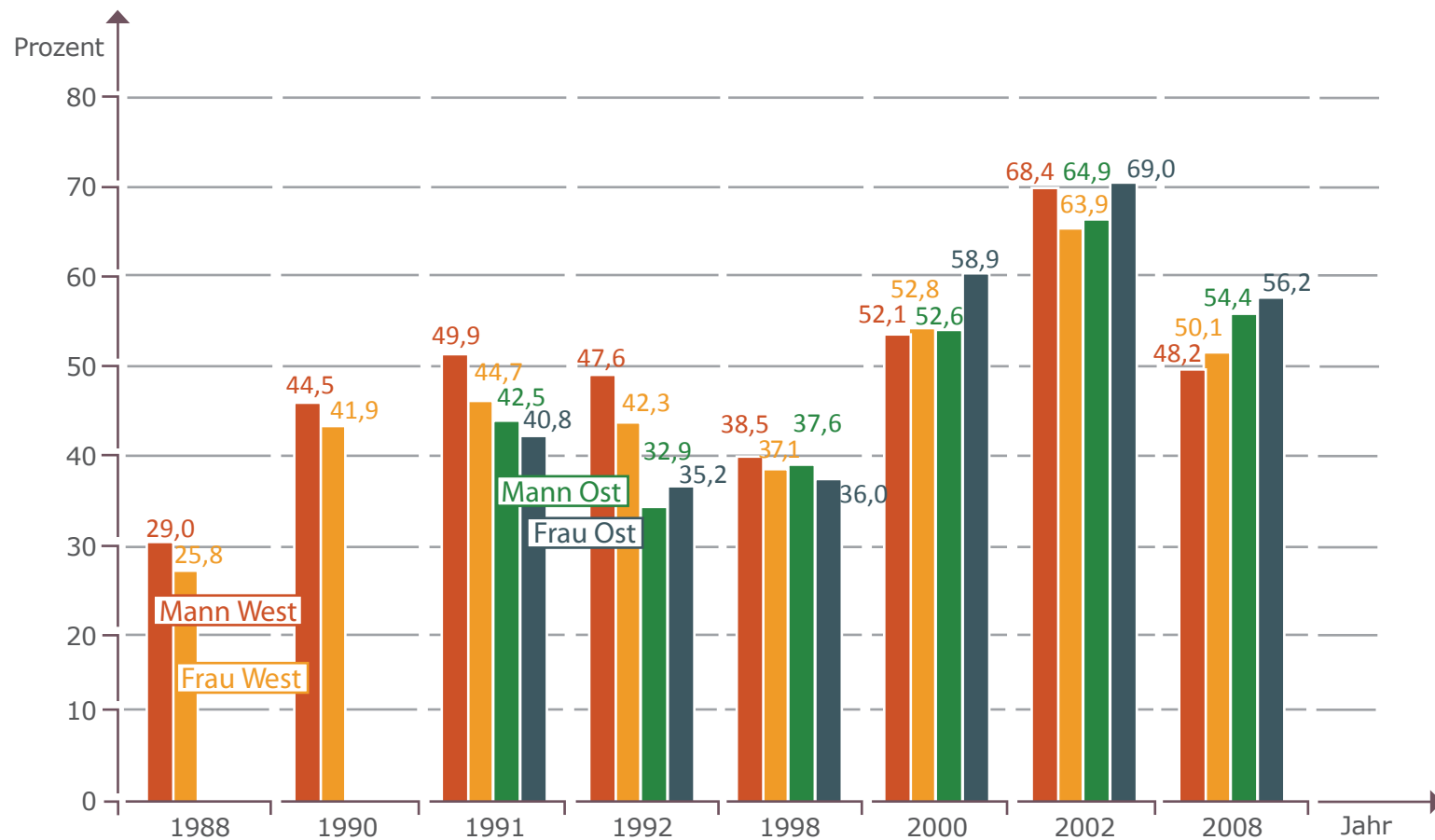
Quelle: ALLBUS 1980-2008

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## ■ Politische Partizipation von Frauen

Teilnahme an einer Unterschriftensammlung nach Geschlecht und Erhebungsgebiet  
Angaben in Prozent



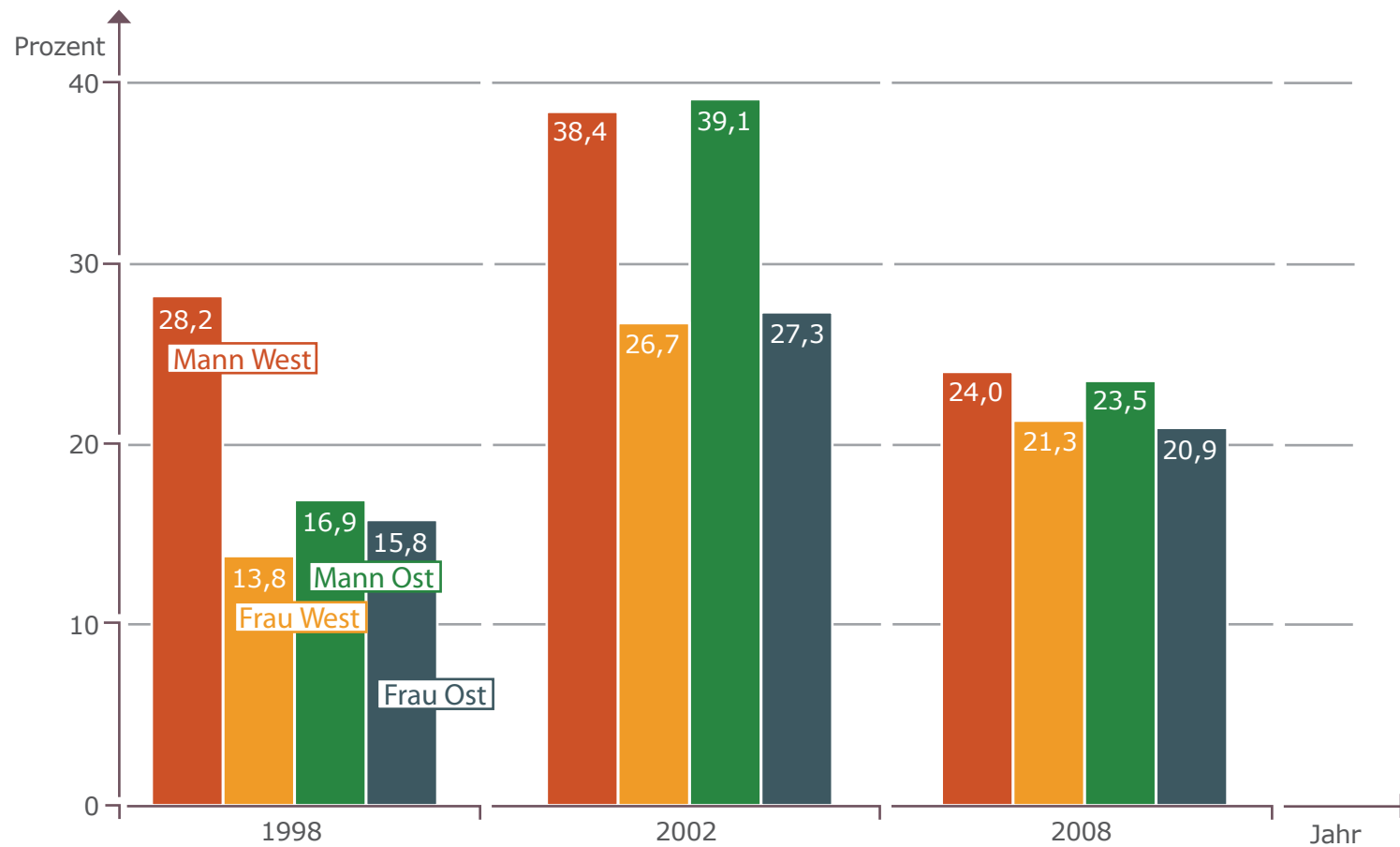
Quelle: ALLBUS 1980-2008

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## ■ Politische Partizipation von Frauen

Teilnahme an einer genehmigten Demonstration nach Geschlecht und Erhebungsgebiet  
Angaben in Prozent



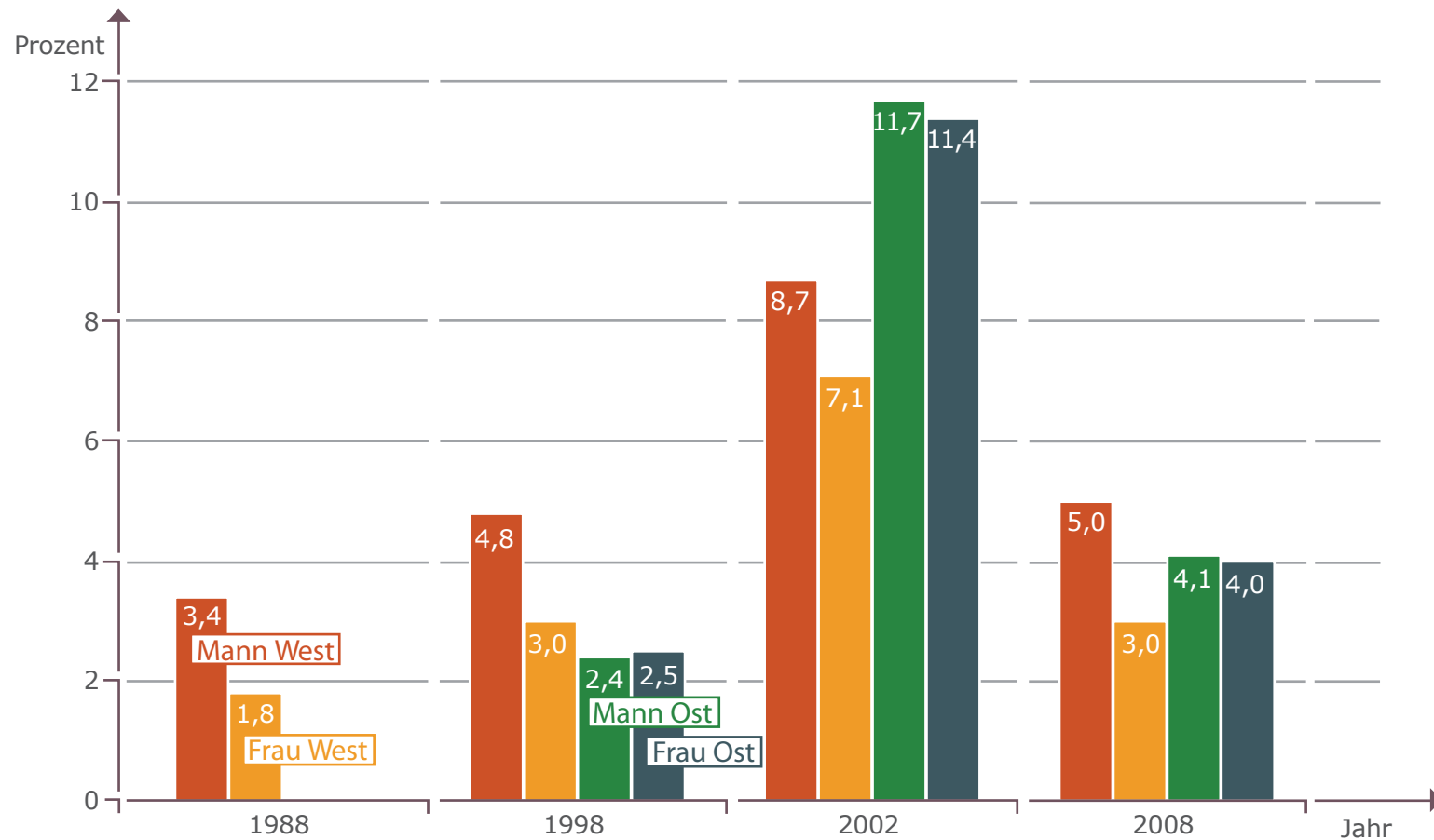
Quelle: ALLBUS 1980-2008

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## ■ Politische Partizipation von Frauen

Teilnahme an einer ungenehmigten Demonstration nach Geschlecht und Erhebungsgebiet  
Angaben in Prozent



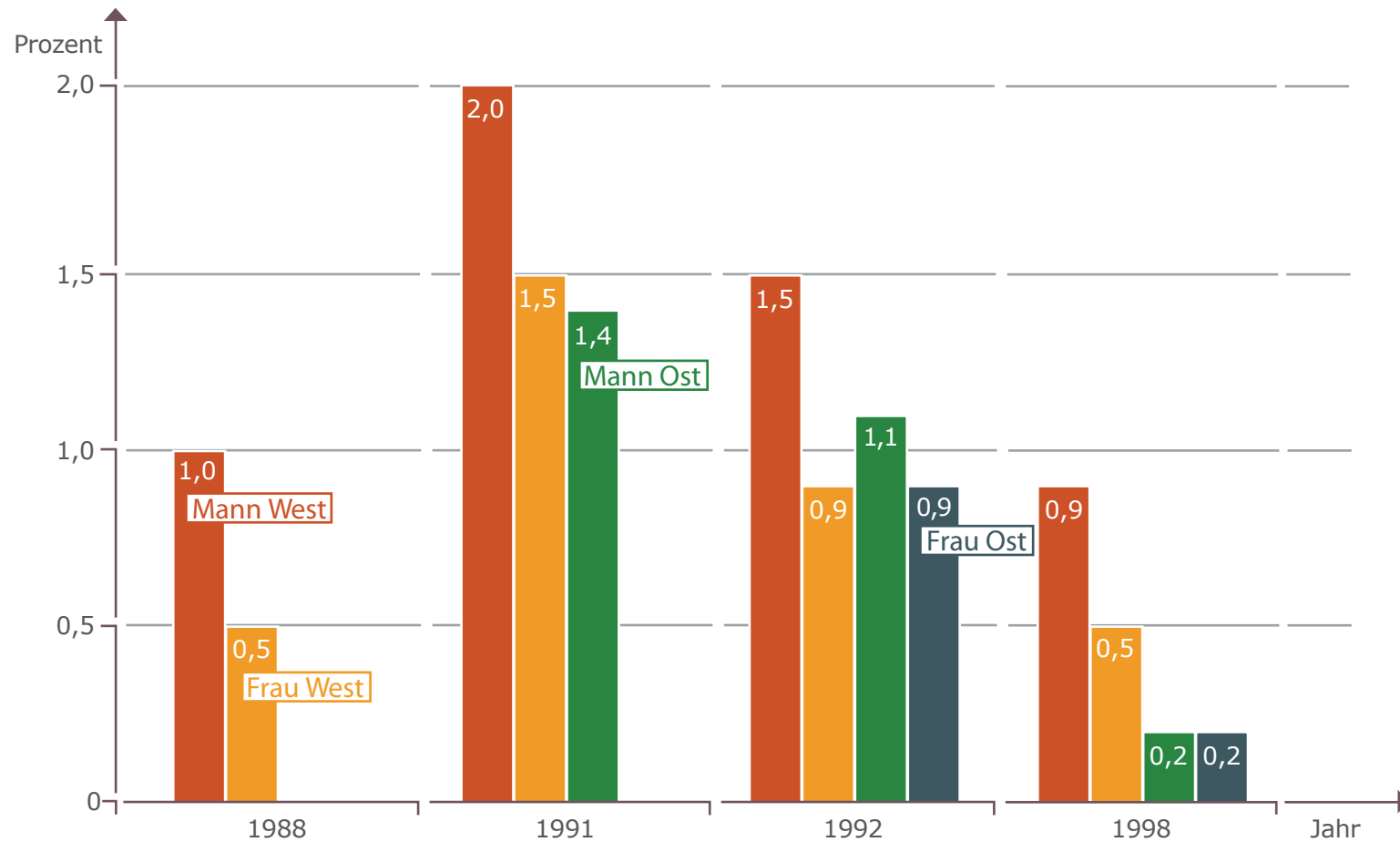
Quelle: ALLBUS 1980-2008

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## ■ Politische Partizipation von Frauen

Teilnahme an einer Besetzungsaktion nach Geschlecht und Erhebungsgebiet  
Angaben in Prozent



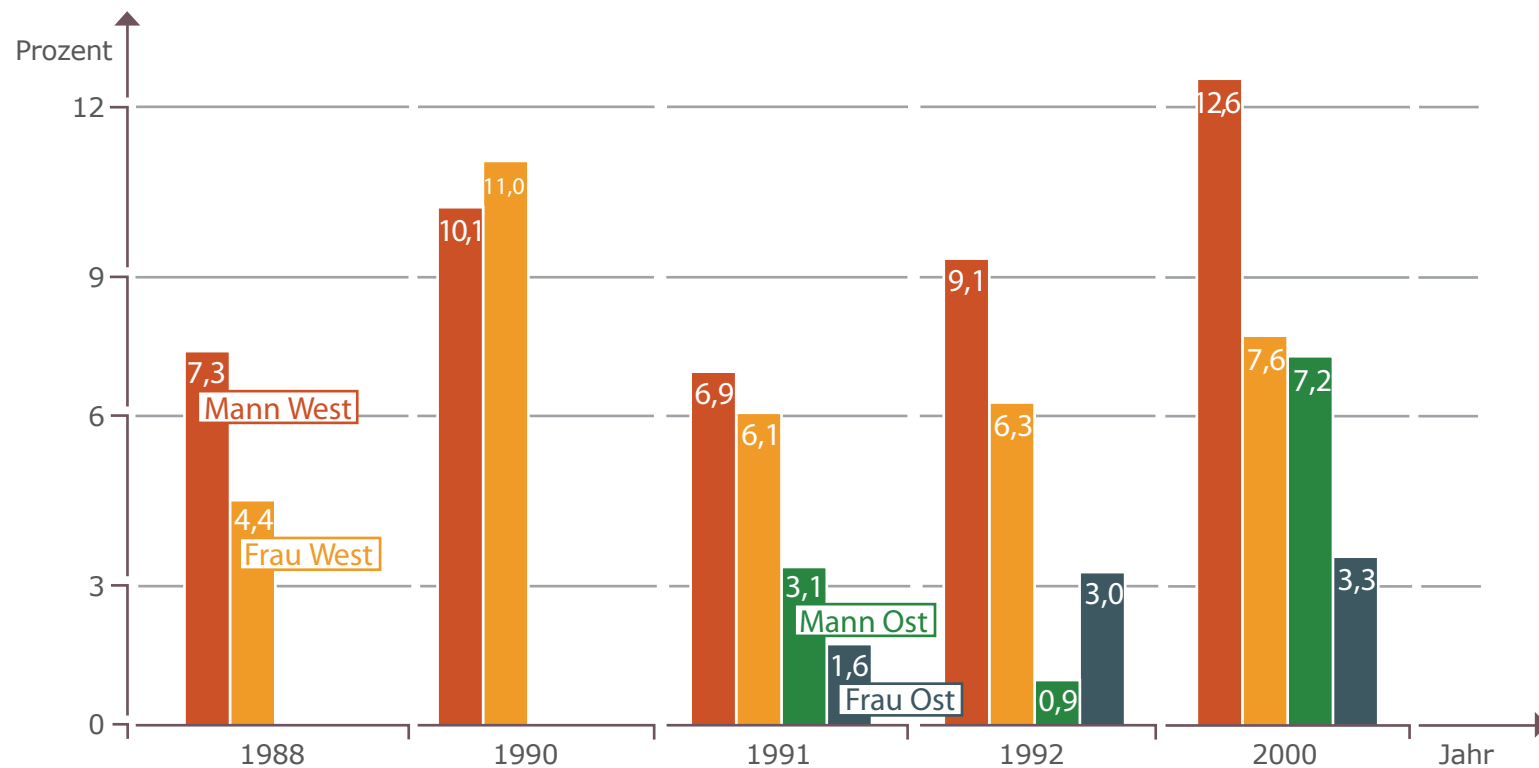
Quelle: ALLBUS 1980-2008

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## ■ Politische Partizipation von Frauen

Teilnahme an einem Boykott nach Geschlecht und Erhebungsgebiet  
Angaben in Prozent



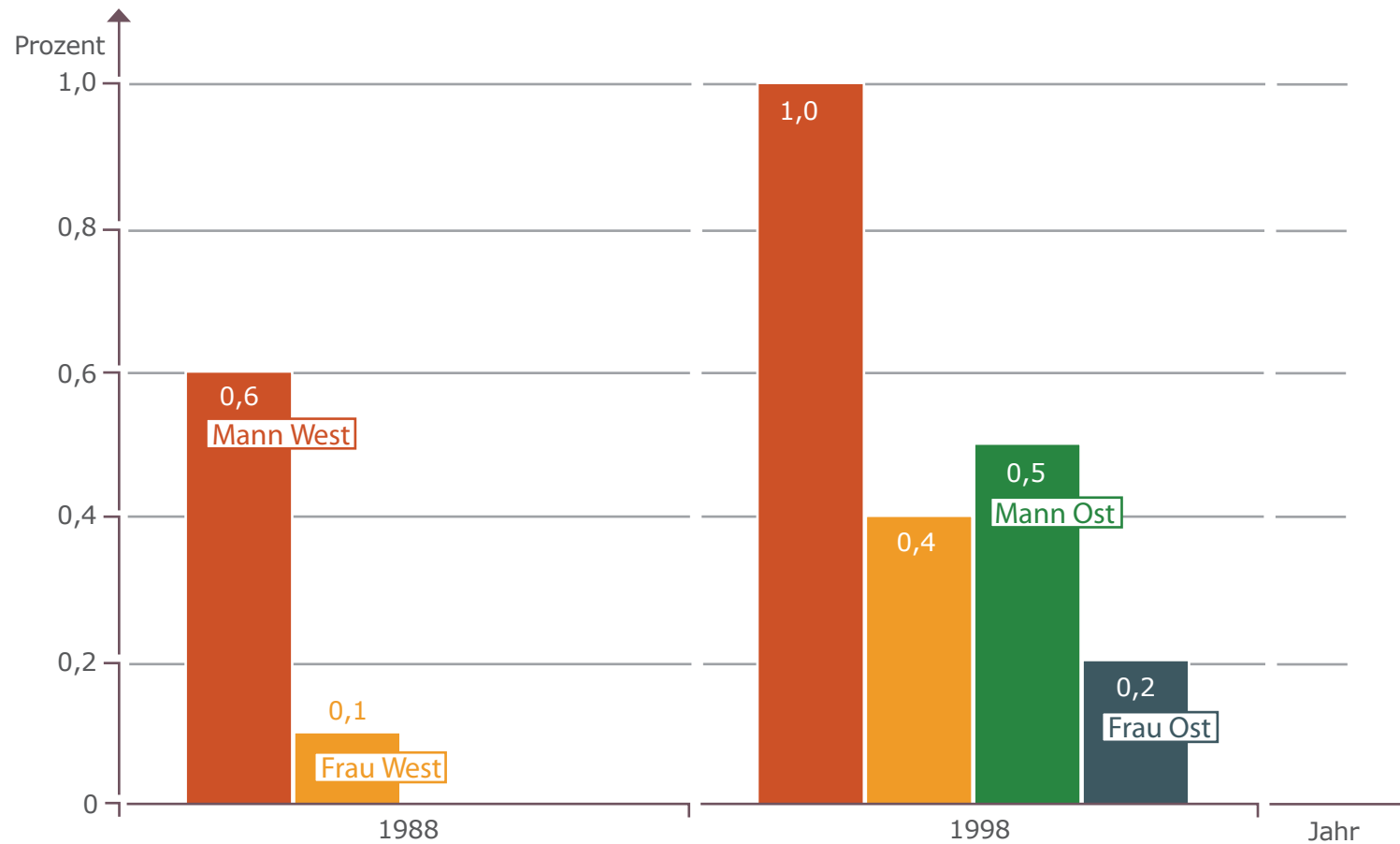
Quelle: ALLBUS 1980-2008

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



## ■ Politische Partizipation von Frauen

„Krach schlagen auf Demo“ nach Geschlecht und Erhebungsgebiet



Quelle: ALLBUS 1980-2008

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

